

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Abschaffung der Roaming-Gebühren: Keine Zeit- oder Datenvolumensbegrenzung 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Sozialdumping: EU-Abgeordnete fordern soziale Gerechtigkeit und faire Löhne 3

Rat der Europäischen Union

- Rat unterstützt nationale Ausschüsse für Produktivität 3

Europäische Kommission

- Kommission verhängt Geldbuße in Höhe von 6 Mio. Euro gegen ARA 4
- Basiskonteneröffnung leicht gemacht 4
- Abgasmanipulationen: VW verpflichtet sich zu Umrüstung aller betroffenen Autos bis Herbst 2017 5
- Weltgipfel zum Artenschutz: Verschärfung der Vorschriften über den Handel mit wild lebenden Tier- und Pflanzenarten 5
- Zollunion: EU-Behörden haben 2015 mehr nachgeahmte Waren beschlagnahmt 6
- Welttourismustag am 27. September 6
- Österreich: Rückgang der Zahl der erstmaligen AsylwerberInnen im zweiten Quartal 7

Sonstiges

- Inkrafttreten des Klimaabkommens rückt näher 8
- Gratis Interrail-Ticket für 18-Jährige 8

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Abschaffung der Roaming-Gebühren: Keine Zeit- oder Datenvolumensbegrenzung

Die Europäische Kommission hat am 21. September 2016 einen neuen Ansatz zur Abschaffung der Roaming-Gebühren ab 15. Juni 2017 beschlossen. Das neue Roaming-Modell sieht weder eine zeitliche Begrenzung noch eine Begrenzung nach Datenvolumen vor.



Nachdem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Überarbeitung eines ersten Kommissionsentwurfs in seiner Rede zur Lage der Union angekündigt hatte, knüpft der neue Ansatz nun an den Wohnsitz oder andere stabile Bindung (unter dieses Konzept fallen beispielsweise PendlerInnen oder Erasmus-Studierende) des Mobilfunkkunden an. Ziel ist es, dass alle ihre SIM-Karte aus dem Mitgliedstaat, in dem sie leben oder in dem sie sich hauptsächlich aufhalten, im EU-Ausland so wie zu Hause nutzen können, ohne Begrenzung nach Zeit oder Datenvolumen. Nach heftiger Kritik zog die Kommission ihren vorangegangenen Vorschlag, nur 90 Tage kostenloses Telefonieren und Surfen zu ermöglichen, zurück und stellt nun mit ihrem neuen Ansatz ein umfassenderes Modell vor. Andrus Ansip, Vizepräsident für den digitalen

Binnenmarkt, erklärte, dass es eine gemeinsame Aufgabe sei, niedrige Preise für alle VerbraucherInnen in ganz Europa sicherzustellen und die Möglichkeiten neuer mobiler Dienste voll auszuschöpfen. Die europäischen VerbraucherInnen würden sich nicht mit weniger zufriedengeben.

Bezüglich des beschlossenen Zeitplans werden die Roaming-Gebühren beim Reisen in der EU wie beschlossen am 15. Juni 2017 EU-weit abgeschafft. Dafür wird die Europäische Kommission ihren endgültigen Vorschlag, nach Feedback der Regulierungsbehörden, der Mitgliedstaaten und aller interessierten Parteien, bis 15. Dezember 2016 annehmen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Sozialdumping: EU-Abgeordnete fordern soziale Gerechtigkeit und faire Löhne

Die EU-Abgeordneten haben am 14. September 2016 einen Bericht zum Thema Sozialdumping verabschiedet, der von dem französischen EU-Abgeordneten Guillaume Balas verfasst worden ist.

Von Sozialdumping spricht man immer dann, wenn Unternehmen aufgrund des verschärften Wettbewerbs versuchen ihre Arbeitskosten, vor allem durch vorsätzlich missbräuchliche Praktiken, zu senken. Diese Praktiken schaden jedoch auch Unternehmen, die sich an die Regeln und fairen Bedingungen halten. Unter Sozialdumping fällt auch die sogenannte Scheinselbständigkeit. Dabei wird ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis umgangen, um unter anderem Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. Angeblich selbständige ArbeiterInnen werden beschäftigt, die nach dem Gesetz jedoch als echte ArbeitnehmerInnen behandelt werden müssten. Des Weiteren werden ArbeitnehmerInnen auch häufig in andere Mitgliedstaaten entsandt, um Einkommensunterschiede auszunutzen. Im Bericht

wird gefordert, gegen diese und weitere Formen des Sozialdumpings vorzugehen, und zwar durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den für die Arbeitsaufsicht zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten. Des Weiteren soll eine EU-weite Liste von Unternehmen (einschließlich Briefkastenfirmen) erstellt werden, die schwer gegen europäische arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften verstoßen haben. Außerdem soll eine europäische Sozialversicherungskarte eingeführt werden. Der Bericht ist vor allem in Hinblick auf die geplante Überarbeitung der Entsenderichtlinie von großer Bedeutung.

[Mehr Informationen](#)

Rat der Europäischen Union

Rat unterstützt nationale Ausschüsse für Produktivität

Der Rat hat am 20. September 2016 eine Empfehlung verabschiedet, mit der die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets aufgerufen werden, nationale Ausschüsse für Produktivität einzurichten.

Diese Ausschüsse sollten die Analyse von Entwicklungen und Politiken durchführen, die die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen können. Sie werden unabhängige Analysen erstellen und den politischen Dialog auf nationaler Ebene stärken. Dadurch können Reformen, mit denen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Konvergenz erreicht werden soll, erleichtert werden. Ein Wiederanstieg des Wirtschaftswachstums hängt unter anderem von einer Steigerung der Produktivität ab und daher erfordere dies ausgewogene politische Strategien zur Unterstützung von Innovationen und zur

Verbesserung der Kompetenzen, der Flexibilität an den Arbeits- und Produktmärkten und der Ressourcenverwendung. Die Ausschüsse für Produktivität werden also Entwicklungen fördern, die das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion der EU begünstigen dürften. In der Empfehlung ist vorgesehen, dass die Ausschüsse eigenständig gegenüber Behörden sind, was unter anderem die Kommunikation mit der Öffentlichkeit oder den Zugang zu Informationen betrifft. Ihre Analysen sollten grundsätzlich veröffentlicht werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission verhängt Geldbuße in Höhe von 6 Mio. Euro gegen ARA

Die Europäische Kommission hat eine Geldbuße in Höhe von 6 Mio. Euro gegen das Unternehmen Altstoff Recycling Austria (ARA) verhängt, da ARA in den Jahren 2008 bis 2012 Wettbewerber am Zugang zum österreichischen Markt für die Entsorgung von Verpackungsabfällen aus Haushalten gehindert und damit gegen die EU-Kartellvorschriften verstoßen hat.

Im Jahr 2010 leitete die Kommission aufgrund von Hinweisen verschiedener auf diesem Markt tätiger Wirtschaftsteilnehmer von sich aus eine Untersuchung über das Verhalten der ARA ein. Die Kommission hat festgestellt, dass die landesweite Infrastruktur für die Sammlung von Haushaltsabfällen, welche teils von ARA kontrolliert wird und teils ARA gehört, keine Errichtung von Doppelstrukturen zulässt. Wettbewerber, die in den Markt eintreten oder auf dem Markt expandieren wollten, waren darauf angewiesen, dass ihnen Zugang zu der bestehenden Infrastruktur gewährt wurde. Die Untersuchung ergab ferner, dass ARA zwischen März 2008 und April 2012 den Zugang zu dieser Infrastruktur verweigerte, sodass Wettbewerber von diesem Markt ausgeschlossen wurden und der Wettbewerb somit aufgehoben wurde. Ein

solches Verhalten verstößt gegen Artikel 102 AEUV, der die missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung verbietet. Neben der Feststellung der Zuwiderhandlung und der Verhängung einer Geldbuße hat die Kommission eine strukturelle Abhilfemaßnahme vorgesehen, mit der die Abschottung des österreichischen Marktes für Verpackungsabfälle aus Haushalten beendet werden soll. Da der Abfallentsorgungssektor ein wichtiger Bestandteil der Kreislaufwirtschaft ist, sei ein wirksamer Wettbewerb eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass das Abfallrecycling für die VerbraucherInnen erschwinglich bleibt, so EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

[Mehr Informationen](#)

Basiskonteneröffnung leicht gemacht

Am 18. September 2016 endete die Umsetzungsfrist für die Richtlinie 2014/92/EU. Von nun an ist es allen BürgerInnen in der EU möglich, ein Girokonto einzurichten, auch wenn sie keinen festen Wohnsitz haben.

Schon am 23. Juli 2014 veröffentlichte die Europäische Kommission die Richtlinie über ein Basiskonto, das im deutschen Sprachraum auch als „Jedermann-Konto“ bekannt ist und allen EU-BürgerInnen bewilligt werden muss. Bisher war es oft schwierig, einen Zugang zu einem Konto zu bekommen, wenn man keinen festen Wohnsitz hat. VerbraucherInnenschützer kritisierten schon seit längerem die zögerlichen Konten-Angebote für alle. EU-weit konnten 25 bis 30 Millionen der

BürgerInnen über 15 Jahren bisher kein Konto eröffnen, obwohl sie es wollten. Nun ist dem ein Ende gesetzt und es besteht für jeden die Möglichkeit der Eröffnung eines Kontos mit grundlegenden Funktionen (Durchführung von Geldüberweisungen und Behebung von Bargeld an Automaten).

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Abgasmanipulationen: VW verpflichtet sich zu Umrüstung aller betroffenen Autos bis Herbst 2017

Volkswagen hat nach Gesprächen mit der EU-Kommission einem EU-weiten Aktionsplan infolge der Abgasmanipulationen zugestimmt. Darin verpflichtet sich VW, betroffene Autos regelkonform umzurüsten.

Am 21. September vereinbarte die EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, Věra Jourová, mit VW-Konzernvorstand Francisco Javier Garcia Sanz eine Lösung für das Abgasproblem. KundInnen sollen bis Ende 2016 informiert und alle betroffenen Autos bis Herbst 2017 umgerüstet werden. Im Anschluss an das Treffen erklärte sie, dass sich Volkswagen zu einem EU-weiten Aktionsplan verpflichtet habe. Sie begrüßt dies als wichtigen Schritt in Richtung einer fairen Behandlung der VerbraucherInnen in der EU. Sie werde diese Verpflichtung genau

überwachen und weiterhin mit VerbraucherInnenorganisationen, Behörden und Volkswagen kooperieren. Es wurde mit VW vereinbart, bald ein weiteres Treffen abzuhalten, um eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte vorzunehmen. Zudem wird es in der kommenden Woche in Brüssel eine Konferenz mit VerbraucherInnenorganisationen und Anfang Oktober ein Treffen mit Vollzugsbehörden zu den Abgasmanipulationen geben.

[Mehr Informationen](#)

Weltgipfel zum Artenschutz: Verschärfung der Vorschriften über den Handel mit wild lebenden Tier- und Pflanzenarten

Am 24. September haben sich VertreterInnen aus 182 Ländern und der EU auf der 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten (CITES CoP17) im südafrikanischen Johannesburg versammelt, um konkrete Maßnahmen zum besseren Schutz einiger der am stärksten gefährdeten Arten unseres Planeten zu vereinbaren.



Die EU hat erstmals als ordentliches Mitglied des CITES an dieser Konferenz

teilgenommen und sich gemäß dem EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels für strengere Maßnahmen auf internationaler Ebene eingesetzt. Sie unterstützt nachdrücklich auch eine Aufrechterhaltung des Verbots des Elfenbeinhandels.

Diese Tagung, die vom 24. September bis 5. Oktober stattfindet, bietet ein Forum, um die Umsetzung des CITES-Übereinkommens – das mehr als 35.000 Pflanzen- und Tierarten abdeckt und sicherstellt, dass der Handel mit ihnen legal, rückverfolgbar und nachhaltig bleibt – zu prüfen und neue verbindliche Maßnahmen für den Schutz wild lebender

Tiere und Pflanzen zu vereinbaren. Die EU und ihre Mitgliedstaaten, vertreten durch den Kommissar für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei, Karmenu Vella, schlägt vor, gegen den illegalen Artenhandel und die damit verbundene Korruption vorzugehen sowie internationale Normen für den Handel mit Jagdtrophäen festzulegen, um sicherzustellen, dass ein solcher Handel nur dann erfolgt, wenn er sowohl legal als auch nachhaltig ist. Darüber hinaus schlägt sie vor, weitere Arten von Meerestieren (Haie), Holz (Palisander) und exotischen Heimtieren (Reptilien) in CITES aufzunehmen bzw. ihren Schutz im Rahmen des Übereinkommens zu verbessern (Papageien und Säugetiere), da mit diesen Arten nicht nachhaltiger oder illegaler internationaler Handel betrieben wird.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Zollunion: EU-Behörden haben 2015 mehr nachgeahmte Waren beschlagnahmt

Nach dem Bericht der Europäischen Kommission vom 23. September 2016 haben die Zollbehörden im Jahr 2015 EU-weit schätzungsweise fünf Millionen mehr nachgeahmte Gegenstände beschlagnahmt als im Vorjahr.

Dies bedeutet gegenüber 2014 einen Anstieg von 15%. An den EU-Außengrenzen wurden mehr als 40 Mio. Gegenstände im Wert von fast 650 Mio. Euro beschlagnahmt, die einen mutmaßlichen Verstoß gegen die Rechte des geistigen Eigentums darstellten. Der vorgelegte Bericht, der sich auf die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums in der EU stützt, enthält auch Zahlen zur Art der beschlagnahmten Waren, den Ursprungsländern, den betreffenden Rechten des geistigen Eigentums und den für die Beförderung genutzten Verkehrsträgern. Demzufolge zählen Zigaretten mit einem Anteil von 27% weiterhin zu den am häufigsten beschlagnahmten Artikeln, wohingegen der Anteil an Waren des täglichen Gebrauchs, die die Gesundheit und Sicherheit der VerbraucherInnen gefährden können, wie z. B. Lebensmittel und Getränke, Körperpflege-

und Arzneimittel, Spielzeug oder elektrische Haushaltsgeräte, insgesamt 25,8% ausmacht. Auch diesmal war China mit 41% aller beschlagnahmten Gegenstände das Hauptursprungsland nachgeahmter Waren, gefolgt von Montenegro, Hongkong, Malaysia und Benin. Bei mehr als 91% der Beschlagnahmungen wurden die Waren zerstört, oder es wurde ein Gerichtsverfahren angestrengt, um einen Regelverstoß bei der Zusammenarbeit mit dem Rechteinhaber der betreffenden Marke festzustellen. Der Bericht der Kommission über Zollmaßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums wird seit 2000 jährlich veröffentlicht und stützt sich auf Daten, die von den Zollbehörden der Mitgliedstaaten übermittelt werden.

[Mehr Informationen](#)

Welttourismustag am 27. September

Anlässlich des Welttourismustags am 27. September, der in diesem Jahr unter dem Motto „Tourismus für alle – den Tourismus zugänglicher gestalten“ steht, veröffentlicht Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, eine Auswahl an Daten über den Tourismus der in der EU ansässigen älteren Menschen.

Mit über 1,2 Milliarden Übernachtungen auf ihren Reisen in der ganzen Welt hatten in der Europäischen Union ansässige TouristInnen im Alter ab 65 Jahren im Jahr 2014 einen Anteil am Tourismus (gemessen an der Zahl der Übernachtungen von in der EU ansässigen Personen) in Höhe von 20% (Österreich: 17%). Was die Tourismusausgaben betrifft, fiel der Anteil der älteren TouristInnen mit 16% etwas geringer aus. Ein älterer Tourist in der EU gab im Schnitt 52,6 Euro pro Tag aus. Im Allgemeinen bevorzugen zwei Drittel der älteren TouristInnen in der EU Urlaube im

eigenen Land, während ein Drittel Auslandsreisen bevorzugt. Betreffend Österreich lässt sich feststellen, dass 40% der TouristInnen ab 65 Jahren lieber einen Urlaub im eigenen Land verbringen, während 60% bevorzugt ins Ausland reisen. Bezogen auf alle EU-Mitgliedstaaten kamen 2014 die älteren TouristInnen, die pro Tag am meisten ausgaben, aus Luxemburg (120,8 Euro) und Österreich (106,9 Euro).

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Österreich: Rückgang der Zahl der erstmaligen AsylwerberInnen im zweiten Quartal

Von April bis Juni 2016 beantragten 305.700 Asylsuchende erstmals Schutz in den Mitgliedstaaten der EU. Diese Zahl ist im Vergleich zum ersten Quartal 2016 um 6% gestiegen. In Österreich ging die Zahl der erstmaligen Asylanträge um 22% zurück.

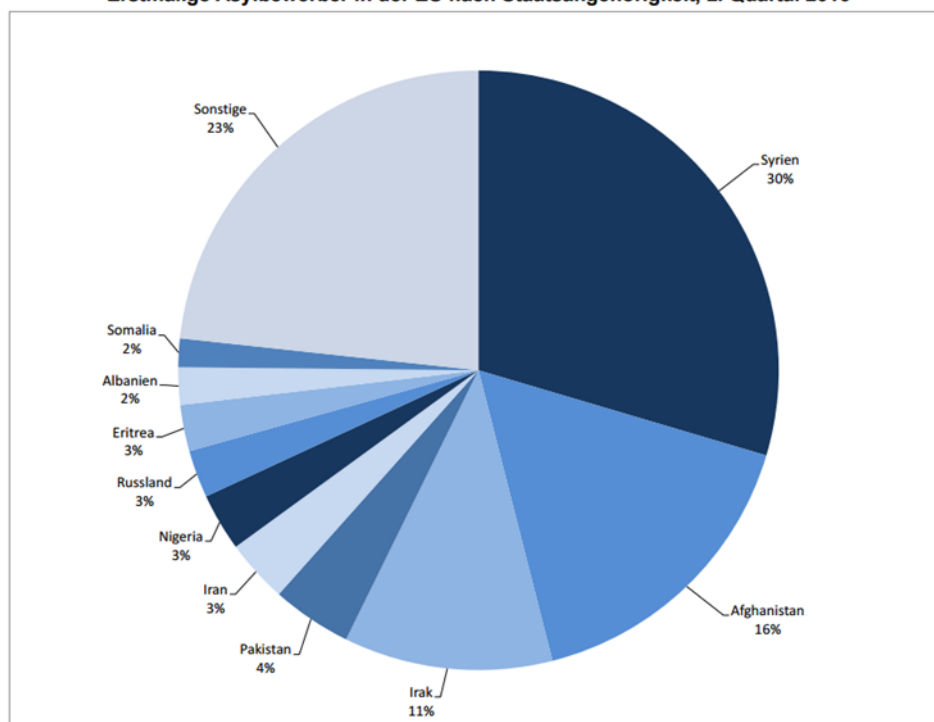
Die meisten erstmaligen AsylwerberInnen wurden in Deutschland registriert. Sechs von zehn Asylsuchenden stellten im zweiten Quartal 2016 ihren Asylantrag in Deutschland. In Österreich wurden dem gegenüber im selben Zeitraum nur 10.800 erstmalige Anträge auf Asyl gestellt, das entspricht 3,5% der EU-weit gestellten Anträge. Insgesamt ist die Zahl der erstmaligen Asylanträge EU-weit zwar um 6% gestiegen, in Österreich konnte allerdings ein Rückgang gegenüber dem ersten Quartal 2016 um 22% verzeichnet werden.

Mit nahezu 90.500 erstmaligen AsylwerberInnen im zweiten Quartal 2016

blieb Syrien an erster Stelle der Staatsangehörigkeiten der Asylsuchenden in der EU, vor Afghanistan (50.300 erstmalige Asylbewerber) und dem Irak (34.300). Diese drei Staatsangehörigkeiten, auf die fast 60% aller erstmaligen Asylsuchenden entfielen, stellen die größte Gruppe erstmaliger AsylwerberInnen in den Mitgliedstaaten im zweiten Quartal dar. In Österreich ist die drittgrößte Staatsangehörigkeitsgruppe Pakistan.

[Mehr Informationen](#)

Erstmalige Asylbewerber in der EU nach Staatsangehörigkeit, 2. Quartal 2016





Sonstiges

Inkrafttreten des Klimaabkommens rückt näher

Am Rande der UN-Generaldebatte in New York traten am 21. September 31 Staaten gleichzeitig dem Klimaabkommen bei. Damit haben es nun 60 Staaten ratifiziert. Die EU beginnt auf dem „Sonder-Klima-Umweltrat“ am Freitag, 29. September, ihre Verhandlungen über die Schlussfolgerungen für die bevorstehende Klimakonferenz COP22 im November in Marrakesch.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sprach dabei von einem „beachtlichen“ Schritt und äußerte die Hoffnung, dass das Abkommen, das die Begrenzung der weltweiten Erwärmung auf 1,5 bis höchstens 2 Grad vorsieht, bis Jahresende wirksam werde. Das UN-Klimaabkommen, das im vergangenen Dezember in Paris abgeschlossen worden ist, sei auf dem besten Weg, alle Rekorde zu schlagen. Die 60 bislang beigetretenen Staaten decken nach UN-Angaben rund 48% der globalen Treibhausgasemissionen ab. Sobald 55 Staaten mit einem Treibhausgas-Anteil von mindestens 55% das Abkommen ratifiziert haben, tritt es 30 Tage später automatisch in Kraft. Auch die EU, deren Mitgliedstaaten für rund 12% des globalen Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind, will den

Ratifizierungsprozess beschleunigen und in den nächsten Wochen abschließen, wie Klimakommissar Miguel Arias Cañete ankündigte.

Sollte rechtzeitig vor der Mitte November beginnenden UN-Klimakonferenz in Marrakesch die Schwelle für das Inkrafttreten des Abkommens überschritten werden, wäre dies „ein großartiges Zeichen“. Ein zusätzlicher Grund für die Eile sind außerdem die US-Präsidentenwahlen am 8. November. Sollte der Republikaner Donald Trump gewinnen, wird eine Blockade des Abkommens befürchtet.

[Mehr Informationen](#)

Gratis Interrail-Ticket für 18-Jährige

Die Idee des CSU-Abgeordneten und Vorsitzenden der EVP-Gruppe des EU-Parlaments, Manfred Weber, Jugendlichen in der EU zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket zu schenken, findet viel Zuspruch, unter anderem von Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Italiens Premierminister Matteo Renzi.

Hintergedanke für den Vorschlag Webers: das Verständnis füreinander, das Kennenlernen fremder Kulturen und die Liebe zu Europa wecken und stärken. Das freie Interrailticket wäre ein weiterer Schritt, jungen Menschen Europa näher zu bringen und der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Die Hoffnung für die Erhaltung eines geeinten Europas ruht auf den jungen EuropäerInnen, da sie widerstandsfähiger gegenüber der Europaskepsis als die älteren Generationen seien. Bislang ist jedoch noch offen, wie das Ticket finanziert werden soll. Derzeit kostet

ein Ticket, das 15 Tage lang freie Fahrten durch ganz Europa erlaubt, 361 Euro. Wollte die EU jedem Jugendlichen zur Volljährigkeit ein solches Ticket schenken, würden hohe Kosten anfallen. Laut Eurostat gab es im vergangenen Jahr rund 5,4 Millionen 18-jährige EU-BürgerInnen. Es hätte 1,9 Milliarden Euro gekostet, allen ein Ticket zu geben. Angenommen, es würden sich nur 50 bis 70% der jungen Leute für so ein Ticket interessieren, lägen die Kosten bei 1 bis 1,5 Milliarden Euro.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugrichtlinie 95/16/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation im Rahmen der REFIT-Bewertung der Zoo-Richtlinie \(Richtlinie 1999/22/EG des Rates über die Haltung von Wildtieren in Zoos\)](#) 15.09.2016 – 08.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport](#) 05.09.2016 – 11.12.2016

[Öffentliche Konsultation: Zwischenbewertung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts](#) 26.08.2016 – 14.11.2016

[Überprüfung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr](#) 11.08.2016 – 04.11.2016

[„Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2009/119/EG zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten“](#) 10.08.2016 – 11.11.2016

[Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt-Informationstool](#) 02.08.2016 – 07.11.2016

[Überarbeitung des makroprudenziellen Rahmens der EU](#) 01.08.2016 – 24.10.2016

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung Nr. 392/2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See](#) 29.07.2016 – 31.10.2016

[Öffentliche Konsultation zur Umsetzung eines EU-Systems zur Rückverfolgbarkeit sowie zu Sicherheitsmerkmalen im Sinne der Artikel 15 und 16 der Richtlinie 2014/40/EU über Tabakerzeugnisse](#) 29.07.2016 – 04.11.2016

[Ähnlichkeit im Rahmen der Rechtsvorschriften über Arzneimittel für seltene Leiden: Anpassung an den technischen Fortschritt](#) 29.07.2016 – 04.11.2016

[Kapitalmarktunion: Initiative im Hinblick auf einen möglichen EU-Rahmen für die private Altersvorsorge](#) 27.07.2016 – 31.10.2016

[Zentraler digitaler Zugang](#) 26.07.2016 – 21.11.2016

[Konsultation zur Überwachung und Meldung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge](#) 20.07.2016 – 28.10.2016

[Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung \(EU\) Nr. 443/2009 und der Verordnung \(EU\) Nr. 510/2011 zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen.](#) 20.07.2016 – 28.10.2016

[Erstellung der jährlichen Prioritätenlisten für die Ausarbeitung von Netzkodizes und Leitlinien für 2017 und darüber hinaus](#) 18.07.2016 – 14.10.2016

[Beurteilung der EU-Zusammenarbeit in der Jugendpolitik - öffentliche Konsultation](#) 18.07.2016 – 16.10.2016

[Öffentliche Konsultation zu den Maßnahmen im Rahmen des Programms „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ für den Zeitraum 2007–2013](#) 14.07.2016 – 13.10.2016

[Überarbeitung der Richtlinie 2004/52/EG und der Entscheidung 2009/750/EG über den europäischen elektronischen Mautdienst](#) 08.07.2016 – 02.10.2016



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Allgemeine und berufliche Bildung			
Forschung und Innovation, Mobilität in Drittländer	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE INDIVIDUAL FELLOWSHIPS	14/09/2016 - 14/09/2017	€ 218.500.000
Lernmobilität von Einzelpersonen, Erasmus Mundus, Masterabschlüsse, Europäischen Freiwilligendienst	ERASMUS+: Key Action 1 (KA1) — Learning mobility of individuals	04/10/2016	€ 1.832.300.000
European Research Council, Forscher	CALL FOR PROPOSALS FOR ERC PROOF OF CONCEPT GRANT	04/10/2016	€ 20.000.000
Strategische Partnerschaften, Wissensallianzen, Kapazitätsaufbau	ERASMUS+: Key Action 2 (KA2) — Cooperation for innovation and the exchange of good practices	04/10/2016	€ 1.832.300.000
Unterstützung politischer Reformen, Treffen von jungen Menschen und Entscheidungsträgern	ERASMUS+: Key Action 3 (KA3) — Support for policy reform	04/10/2016	€ 1.832.300.000
Forschung und Innovation, Forscher, Vortrefflichkeit, erste unabhängige Forschung	CALL FOR PROPOSALS FOR ERC STARTING GRANT	18/10/2016	€ 1.500.000
ERA, EFSI, Forschung, Forschungseinrichtungen, Innovation in Forschung, Spitzenleistungen, Stakeholders	WIDESPREAD: ERA Chairs*	15/11/2016 - 05/10/2017 - 15/11/2017	€ 70.000.000
Forscher, Kreativität, Unternehmertum, Innovation, Forschung, Doktorat, Unversität, Forschungszentren	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE INNOVATIVE TRAINING NETWORKS	10/01/2017	€ 430.000.000
Internationale und Intersektorale Mobilität, Internationaler Austausch, KMU, Drittländer, EU Staaten, Unternehmertum, kreative Ideen, Forschung und Markt, Forscher, Verwaltungs- und technische Mitarbeiter	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE RESEARCH AND INNOVATION STAFF EXCHANGE	05/04/2017	€ 80.000.000
Transnationale Zusammenarbeit, Austausch von Best Practices	Trans-national cooperation among Marie Skłodowska-Curie National Contact Points	04/05/2017	€ 1.500.000
Internationale Mobilität, Forschungsdoktorat, Innovation, Spitzenleistung in Forschung	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE CO-FUNDING OF REGIONAL, NATIONAL AND INTERNATIONAL PROGRAMMES	28/09/2017	€ 80.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Mag. Nadja Stigger, BA

Abbildungsverzeichnis

http://www.smartchecker.de/cms_assets/678/3929/Debatte-Roaming-Gebuehren.png

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7662185/3-22092016-AP-DE.pdf/868104a7-2ad4-44fa-b870-d3494d6698ab>

http://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/styles/homepage_thumbs/public/img/news/picture_69a.jpg?itok=Cc6F00gK